

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	62. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	1. Juli 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

**Punkt 18 der Tagesordnung: Teilzeitausbildung**

**Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Gisela Fischer, Angela Geiger und Yvette Melchien (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 5. Mai 2014  
Vorlage: 2014/0602**

**Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wir sind zufrieden, sowohl mit der Antwort, als auch mit den Ergebnissen der Evaluation. Wir finden es gut, dass die Stadt bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe "Familienfreundliche Arbeitszeit in Karlsruhe" nicht nur fordert, sondern vorbildlich vorgeht. Teilzeitausbildung sehen wir als wichtigen Bestandteil, um tatsächlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Stadt konkret voranzubringen. Dabei erachten wir es als notwendigen Bestandteil, dass es unterstützende Maßnahmen gibt, wie bei uns durch die Kooperation mit dem CJD.

Wichtig erachten wir insbesondere für die Diskussion in den weiteren Gremien, dass wir eine Rückmeldung erhalten über die Erfahrungen, die dort gesammelt wurden, über den Erfolg der Bemühungen - da sind bereits Zahlen in der Vorlage genannt -, aber auch über mögliche Veränderungsvorschläge, die sich aus der konkreten Arbeit dort beim CJD ergeben. Da sind wir gespannt auf die Diskussionen in den Gremien.

Insgesamt wünschen wir uns genauso wie die Verwaltung eine Ausweitung, insbesondere eine Ausweitung auf weitere Bereiche, in denen eine Ausbildung in Teilzeit möglich wird. Wir finden es auch gut, dass nicht nur die Arbeitsförderungsbetriebe sich konzeptionell im Rahmen des Gesamtkonzepts Arbeit mit der Frage auseinandersetzen, wie wir hier weiter vorankommen können, wie wir die bestehenden Angebote verbes-

sern und vor allem auch ausweiten können, sondern auch das POA mit dieser Frage beschäftigt ist.

Wir unterstützen diesen guten und wichtigen Weg, damit die Potentiale der Menschen nicht ungenutzt liegen geblieben, für die aufgrund ihrer Biografie und spezifischen Lebenssituation eine herkömmliche Form der Ausbildung nicht in Frage kommt. Wir betrachten dies zum einen als Frage der Gerechtigkeit; allerdings sehen wir auch, dass wir überhaupt nicht darauf verzichten können und verzichten sollten, dieser Personengruppe eine gute und erfolgreiche Ausbildung möglich zu machen. Wir freuen uns auf die weitere Beratung in den Gremien.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU):** Andrea, 25, hatte immer einen Minijob. Mit 17 bekam sie ihre Tochter. Dann blieb keine Zeit mehr, eine Ausbildung zu machen. Seit neun Monaten macht sie eine Ausbildung als Büromanagerin - so heißt das seit 2014.

Das ist nur ein Beispiel von den Frauen, um die es hier geht. Es sind meistens Frauen, wenig Männer, die das Angebot Teilzeitausbildung, welches vom CJD begleitet wird, annehmen und durchlaufen. Die CDU-Fraktion findet das gut. Wir finden es gut, weil die Stadt Karlsruhe damit ihren sozialen und gesellschaftsverpflichtenden Auftrag erfüllt. Wir unterstützen das.

Wir unterstützen das auch bei den Stadtwerken. Wir wissen auch, dass die Töchter in dem Bereich tätig sind. Wir haben Informationen im Personalausschuss und auch in den Gesellschaften erhalten. Deswegen waren wir ein bisschen irritiert über den Antrag, weil diese Informationen vorliegen. Aber es ist auch ein Thema, über das in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte, weil durch diesen Vorbildcharakter auch andere Unternehmen oder Einrichtungen in unserer Stadt aufgefordert werden können, oder sich ein Beispiel daran nehmen können, wie vorbildlich die Stadt Karlsruhe mit ihren Töchtern handelt. Deswegen noch einmal ein großes Lob an die Mutter und ihre Töchter für dieses starke Engagement. Wir freuen uns auf die weiteren Informationen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadträtin Dr. Polle-Holl (GRÜNE):** Ich erinnere mich noch sehr gut an die Beweggründe, die 2008 zu einer Initiative der Grünen geführt haben, nämlich zu dem Antrag "Stadtteilbezogenes Qualifizierungsprogramm für Alleinerziehende". Die Unterzeichnenden waren damals Klaus Stapf und ich und Ute Schulze-Harzer, die damals im Gemeinderat war und die das aktiv vorangetrieben hat. Wir wollten in der Situation der Armutsbekämpfung - die auch heute noch Grund hat - etwas tun für eine Gruppe, die besonders betroffen ist von Armut, nämlich für die alleinerziehenden Mütter und Väter. Denen fehlt es besonders an flexiblen Angeboten, sich weiterzubilden oder ihren Beruf auszuüben, und vor allem auch Teilzeitmöglichkeiten in Kombination mit guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Deswegen freut es uns außerordentlich, dass aus dieser Initiative ein Projekt entstanden ist, das bis heute existiert und das vor allen Dingen nachgefragt ist. Auch in der Weise,

wie es er CJD aufgenommen hat. Das hat uns sehr gefreut und freut uns immer noch. Wir begrüßen daher den Wunsch der SPD - oder auch aus dem Hause, was wir in den Redebeiträgen gehört haben -, dieses Projekt nicht nur am Leben zu erhalten und zu evaluieren, sondern sogar zu erweitern.

Es ist sicher sinnvoll, zur Untersuchung einen besonderen Sozialraum herauszugreifen, in dem es einen großen Anteil an Alleinerziehenden gibt. Wir sind überzeugt davon, dass von diesen Ergebnissen die Mütter und Väter in der ganzen Stadt profitieren, die ihre Kinder allein erziehen müssen, und dann daraus eine gute weitere Initiative wird.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Golombeck (FDP):** Aus dem Antrag geht hervor, dass eine Evaluierung der bestehenden Teilzeitausbildungsangebote gewünscht wird. Es macht Sinn, dass man bestehende Angebote auch in regelmäßigen Abständen überprüft: Wo stehe ich eigentlich? Denn es geht hier um junge Menschen, die einen Beruf erlernen und auch ihre Rolle als Eltern wahrnehmen müssen.

Ich konnte in der Verwaltungsantwort feststellen, dass die Verwaltung sehr aktiv ist und die Teilzeitausbildung bewirbt. Das CDJ konnte bisher - wie ich sehen konnte - 160 Ausbildungsverhältnisse vermitteln. Das ist hervorragend. Man kann natürlich überprüfen, ob man das nicht etwas erweitern könnte.

Außerdem sorgt die Stadt dafür, dass die Auszubildenden eine Unterstützung in ihrer Doppelbelastung erfahren durch die flexible und ihren Bedürfnissen angepasste Arbeitszeitregelung und Betreuungsmöglichkeiten für ihr Kind im Betriebskindergarten erhalten.

(Beifall bei der FDP)

**Stadträtin Döring (KAL):** Liebe Antragsteller, danke für den Antrag und danke für die ausführliche Antwort der Verwaltung, die eigentlich schon die gewünschte Evaluation beinhaltet, was in Punkt 1 gefordert wird. Das hat uns sehr gefallen. Das sind Informationen, die wichtig sind, wo auch einmal deutlich wird, was alles schon getan wird in der Stadt und was auch der CJD in Zusammenarbeit mit anderen leistet, welche Firmen beteiligt sind. Das war sehr informativ.

Der dritte Punkt des Antrags erscheint uns etwa problematisch: Ob und welche Angebote für junge Mütter Sinn machen. Jetzt mache ich einmal die Klammer auf und stelle die Frage: Warum müssen es immer alleinerziehenden Mütter sein? Denn es gibt viele, die jung ein Kind bekommen und eigentlich einen Partner haben, der vielleicht bei ihnen lebt oder auch nicht. Aber sie müssen so tun, als ob sie alleinerziehend sind, damit sie in ein bestimmtes Raster passen. Ich denke, über die Frage sollte man einmal nachdenken.

Die Frage ist: Welche Angebote machen Sinn und machen überhaupt solche Angebote wie Teilzeitausbildung Sinn für einen Personenkreis, über den wir schon öfter in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert haben. Die Frage, warum jetzt im Antrag

gerade Oberreut herausgegriffen wird, kann ich auch nicht so ganz verstehen, weil das wieder den Blick richtet auf einen ganz bestimmten Stadtteil. Ich denke, das ist nicht der Sinn der Übung.

Die Fachdiskussion sollte in den Ausschüssen stattfinden. Auch darüber, welche Personengruppen in welchen Gebieten jetzt vielleicht häufiger vorkommen und wie man am besten Angebote für diese Personengruppen macht. Ich denke, man darf auch nicht vergessen: Es gibt sicher auch ein, zwei, drei junge Frauen, die sagen: Ich will jetzt keine Ausbildung machen, sondern ich will mich auf die Erziehung meines Kindes konzentrieren. Auch das müssen wir in die Überlegungen mit einbeziehen.

(Beifall bei der KAL)

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir gehen den gemeinsam beschriebenen Weg so weiter. Ich bedanke mich noch einmal für die Anerkennung, auch dessen, was in der Verwaltung und mit den Partnern aus einer Initiative des Gemeinderates heraus in der Zwischenzeit aufgebaut wurde.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
25. August 2014